

74? Stahlhelm-Geldte in Dresden!

SPD-Arbeiter! Kämpft in roter Einheitsfront gegen die Mordbanden des Faschismus!

weil der Minister Stegerwald immer wieder behauptete, daß er unter keinen Umständen an der Grundidee der Sozialversicherung rütteln lassen wird, konnte doch auf Grund seiner Praxis kein Zweifel darüber bestehen, daß er auch in Zukunft alle Forderungen der Unternehmer auf weiteren Ausbau durchzuführen wird. Der Angriff der Bourgeoisie richtet sich jetzt besonders gegen die Invaliden- und Knappschaftsversicherung. Beide Versicherungszweige sind durch die wirtschaftliche Krise, die Rationalisierung, die Arbeitslosigkeit und durch den ständigen Abbau der Reichszulüsse in ihrem finanziellen Bestand aufs Schwerste gefährdet. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß entweder nur ausreichende Zuschüsse oder, wie das die Absicht der Unternehmer ist, eine gewaltige Senkung der Leistungen diese sozialen Versicherungseinrichtungen vor dem Zusammenbruch retten können. Ausreichende Zuschüsse kommen nach der Auffassung der Unternehmer unter keinen Umständen in Frage. Die Streichung der Reichszulüsse erfolgte ja bereits in einem solchen Moment, wo bereits der finanzielle Zusammenbruch sowohl der Invaliden- als auch der Knappschaftsversicherung offenbar war. In dem vorbereiteten Artikel wird die Gewährung jedes Reichszulusses aufs Schärfste bekämpft und abgelehnt. Umso wärmer wird die Notwendigkeit des Abbaues der Leistungen befürwortet und in langen Ausführungen eingehend begründet. Dabei stellt der Artikelstreiber, der ehemalige Reichsminister Gothein selbst fest, daß die durchschnittlichen Invalidenrenten im Jahre 1930 gleich 36,40 Mark pro Monat betragen. Aus verlässlichen Gründen wendet er sich gegen jede Erhöhung der Beiträge. Die Wochenbeiträge sind von 1913, wo sie durchschnittlich 35,7 Pfennig betragen, auf 142,3 Pfennig im Jahre 1929 erhöht worden. Natürlich ist es für die Arbeiter ausgeschlossen, eine Beitragserhöhung, die ja nichts weiter als eine Kürzung des Reallohns bedeuten würde, in Kauf zu nehmen. Wenn die reformistische und sozialdemokratische Führerschaft die Beitragserhöhung fordert, so muß dem Arbeiter entgegengetreten werden.

Gothein glaubt, es veranlassen zu können, wenn eine gewaltige Kürzung der jetzt gezahlten Hungerrenten erfolgt. Er schreibt: „Es wäre durchaus zu veranlassen, die Renten um durchschnittlich 30 Prozent zu senken und die dadurch herbeigeführte Einparung zur Hälfte auf die Beiträge, zur Hälfte auf den Reichszuluss zu verteilen.“ Die Durchführung dieser Forderung würde also bedeuten, daß der jetzt durchschnittliche Rentenlohn 36,40 Mark um 11 Mark gekürzt würde. Eine unerhörte und ungläubliche brutale Forderung, die hier erhoben wird. Der Invalide, der sein Leben lang für den Profit des Unternehmers ausgebeutet und ausgeplündert wurde, muß sich mit einer Durchschnittsrente von wenig mehr als 25 Mark im Monat abfinden. Abgesehen davon, daß diese Hungerrenten unter keinen Umständen auch zur Fröhenheit des schilmernden Hungerdoleins ausreichen würden, müßte ein solcher Anschlag eine neue Belastung der Gemeindefinanzen nach sich ziehen.

Aber auch vor solchen Unrichtigkeiten schreckt Gothein zur Begründung dieses neuzeitlichen Raubzuges nicht zurück. So behauptet er breit und gottesfürchtig, daß ein großer Teil der Renten an solche gerichtet wird, die keineswegs vollvermögensfähig sind, was ganz besonders „von der großen Mehrzahl der Witwen gilt“. Der sozialpolitische Theoretiker der Bergwerkszeitung sollte doch wenigstens die einfachsten, gesunden Bestimmungen der Invalidenversicherung beherrschen, wonach Witwenrenten nur nach Erreichung des 65. Lebensjahres ausbezahlt werden. Aber viele kleinen „Hilfungen“ gehören ja zum Handwerk der Unternehmerrhetorik.

Noch brutaler ist der Anschlag, der gegen die Reichsknappschaft von der Schwerindustrie vorbereitet wird. Die Sonderbehandlung der Bergarbeiter, wie das im Reichsknappschaftsgesetz vorgezeichnet ist, sollte ein vertriehtes Recht der Bergarbeiter unter Berücksichtigung ihrer außerordentlich schweren, lebensgefährlichen und vorzeitig die Arbeitskraft verbrauchenden Arbeit sein. Auch bei der Schaffung des Reichsknappschaftsgesetzes im Jahre 1924 wurde diese Sonderstellung der Bergarbeiter von dem damaligen Arbeitsminister Brauns besonders unterstützt. Heute gelten diese Versprechungen nicht mehr. Brutal fordert Gothein hinsichtlich der Reichsknappschaft:

„Ein Sonderversicherungsbeitrag für einen auf absteigendem Fuß befindlichen Erwerbszweig, wie den Bergbau, hat sich als unmöglich erwiesen... Sie muß sich jetzt unter die Ritzlinie der allgemeinen Versicherung stellen.“ Wie viele „Retten“ auszuheilen soll, auch dafür hat Gothein das Rezept bei der Hand:

„Selbst bei nicht weiter eingeschränkter Solidarität müßten die Knappschaftsbeiträge von 8,5 auf 14,5 Prozent des Lohnes erhöht werden, um das Defizit zu decken. Da das unmöglich ist, bleibt nur eine scharfe Senkung der Leistungen übrig. Die bisherige hat nur 14 bis 17 Millionen Mark an Einparungen gebracht. Da es sich dabei vielfach um wohlverdienende Köpfe der Rentempflänger handelt, wird man um einen gesetzlichen Zwangsvergleich mit ihnen oder um den Konturs nicht wohl herumkommen. Die auf das Maß der Reichsinvalidenversicherung herabzumindernden Rentenleistungen würden auf diese zu übernehmen sein.“

Man muß wohl sagen, daß das eine offene Sprache der Schöbörone ist. Sie bekräftigen nur das, was anlässlich der Verhandlungen über die Sanierung der Reichsknappschaft von mir bereits im vorigen Jahre gesagt wurde. Für die Knappschaftsrentenempfänger würde das eine durchschnittliche Senkung ihrer Renten von 83,80 Mt. auf rund 26 Mark pro Monat bedeuten. Der Mann ist klar: die Reichsknappschaft soll endgültig beseitigt werden.

Die Brüning-Regierung teilt diesem Treiben der Unternehmer durch ihre hinhaltende Taktik den größtmöglichen Vorschub. Sie hat nichts getan, um das Defizit in der Reichsknappschaft auszugleichen, im Gegenteil: die Reichszulüsse, die im vergangenen Jahre 119 Millionen Mt. betragen sollten, sind jetzt fast gänzlich gestrichen. Diese Politik von Stegerwald beschleunigt den finanziellen Bankrott und macht somit die Reichsknappschaft zu seinen Vätern, wie sie von der Schwerindustrie vorbereitet werden, teil. Die Sozialdemokratie trägt dabei die Hauptverantwortung; denn sie hat dieser Brüning-Regierung durch ihr Vertrauen die weitere Ausführung und ihren schicksalhaften Hungerkurs ermöglicht.

Dieser neue Anschlag trifft die Gesamtarbeiterchaft, Erwerbslose, Betriebsarbeiter, Rentempflänger, Witwen und Waisen müssen jetzt bereits gegen die neuen Pläne mobil gemacht werden. Die Rentenzulagen sind das notwendige Ergebnis des Lohnraubes. Die Gefahr, daß die Hungerrenten bei fortgesetzten Vorkürzungen die Hungerlöhne „übersteigen“, soll durch den radikalen Abbau der Renten beseitigt werden. Lohnraub und Rentenraub liegen in einer Linie. Der nächsthöchste Kampf dagegen ist die Forderung des Tages. Die RSD hat ihn auf ihre Fahnen geschrieben: Nicht alles ist es, daß in die Kampffront eingegliedert, um die Gefahr zu bannen.

Nicht verhaftet, sondern brennend
Weimar, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die verurteilten in der „Republik“ sind bereits wieder ins Wasser gefallen. Gestern benutzte die Schiffsverwaltung und ließ die verurteilten in der „Republik“ nur, daß eine Anzahl verurteilter, die in der „Republik“ waren, in die See geworfen wurden. Die Verurteilten sind in der See gesunken, nach dem Bericht der Schiffsverwaltung sind keine Leichen geborgen worden.

Dresden, den 23. April.
Der Stahlhelm beginnt in Dresden seine Demonstrationen planmäßig aufzuführen. Angesichts des Durchkommens des schicksalhaften Volksbegehrens in Dresden will er offenbar weitere Vorhaben, da ja der Staatsapparat ihn vor der Arbeiterchaft schützt und dies daran hindert, mit ihm anzukommen. Die Dresdener Stahlhelmer haben deshalb für heute einen Geldte, den verurteilten Schiffsverwaltern und Bundesführer des Stahlhelms geladen, um den Triumph auszuführen, den ihnen die Gewerkschafts-Koalitionspolitik verschafft hat.

Am Dienstagabend hatten die schicksalhaften Banden demonstriert, wie sie sich in dieser Republik fühlen. Große Ueberfälle wurden auf offener Straße verübt, als die Teilnehmer an der SPD-Rundgebung nach Hause zogen. Geradezu bestechend ist die Tatsache, daß überall die Polizei so demonstrativ spitz erschien, daß die SPD-Arbeiter einladen, daß man im Kampf gegen den Faschismus die eigenen Hände gebrauchen muß, will man sich nicht von den Mordbanden abschlagen lassen. Bei Ueberfällen auf kommunistische Arbeiter hat ja die SPD-Presse, besonders gerade die Dresdener Volkszeitung, die Schuld auf die Arbeiter geschoben, um der Polizei Rückenbedeckung zu gewähren. Diesmal aber kann sie den SPD-Arbeitern nichts derartiges erzählen; denn diesmal waren es ja die SPD-Proleten selbst, die die Brutalität und Gemeinheit der schicksalhaften Banditen zu spüren bekamen. Daß sich hierbei Nazis und Stahlhelmer gemeinsam betätigten, kennzeichnet nur die gemeinsame Basis der Schicksalgruppen des Kapitals.

Erfreulicherweise ist festzustellen, daß die SPD-Proleten trotz des staatsstreuen Giftes der reformistischen Presse nicht verlernt haben, ihre Hände gegen den Faschismus zu gebrauchen. Die kommunistischen Arbeiter aus ihren Parteifolien herbeiziehen, um den angegriffenen Klassenossen beizustehen, besonders im Zentrum der Stadt und in Uebau war dies der Fall, ist ein deutliches Zeichen von der Kampfbereitschaft der Arbeitermassen, vom Willen zur Bildung der einheitsfrontigen Front gegen alle Arbeiterfeinde. Dieses geschlossene Auftreten verleiht auch seine Wirkung auf manchen verzerrten Proleten nicht, der in die Klauen der Nazis und Stahlhelmer geraten ist und den es wieder herauszuholen gilt aus dem schicksalhaften Sumpf.

Gleichzeitig aber sind diese Vorgänge eine ernste Mahnung an die SPD-Arbeiter. Sie erleben diesmal selbst, was ihre kommunistischen Klassenossen in ihrem Kampf gegen den Faschismus tagtäglich erleben müssen. Sie werden jetzt leichter erkennen können, wie verlogen und niederträchtig die Frege ihrer Presse ist, wenn diese die Kommunisten „schuldig“ spricht an den Ueberfällen der Stahlhelmer und wenn sie bei jeder Arbeiterabwehr der Polizei die Möglichkeit gibt, sich auf die Arbeiter zu stützen und die schicksalhaften Mordbanden als die „Angreifer“ zu bezeichnen. Diesmal ist die Volkszeitung gezwungen, um die Kampfbereitschaft der SPD-Arbeiter aufzuzeigen, öffentlich zu erklären, daß diese sich selbstverständlich nicht diese schicksalhaften Proleten gefallen lassen können und zu Gegenmaßnahmen greifen werden. Wir laden den SPD-Arbeiter: Jawohl, es ist höchste Zeit, den mehrfachen Kampf gegen die schicksalhaften Banden aufzunehmen! Wir sind jederzeit bereit, Schulter an Schulter mit allen Klassenossen gegen den Faschismus zu marschieren. Wir begrüßen die Kampfbereitschaft der SPD-Arbeiter, die sie bei der Abwehr der Stahlhelmer zeigten. Wir warnen sie aber, den plötzlich so wüsten Worten der Volkszeitung Glauben zu schenken und von den „staatsstreubenden“

Führern Kampf gegen den Faschismus zu erwarten, mit denen Vertreter diese Führer in Sachen Bündnispolitik, in Thüringen Stützungspolitik und im ganzen Reichs-Koalitionspolitik treiben. Diese Führer sind es, die die Polizei des bürgerlichen Staates gegen die schicksalhaften, kämpferischen Arbeiter schickten, sie opfern auch den Kampfbereitschaft der SPD-Arbeiter den Interessen des Staatsapparates und der Bourgeoisie. Von ihnen zu erwarten, daß sie den Kampf gegen den Faschismus organisieren, heißt: auf den Kampf verzichten; denn der Faschismus ist ja auch nur ein Hilfsmittel der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, wie es die Koalitions- und Staatspolitik der SPD-Führer ist. Die SPD-Arbeiter wollen jedoch kämpfen, das haben sie bewiesen. Jetzt kommt es darauf an, diesem Willen organisatorisch Ausdruck zu verleihen, aber nur unter wirklich Klassenbewusster revolutionärer Führung kann dieser Kampf begonnen und erfolgreich geführt werden. Wir appellieren deshalb an alle kämpfbereiten SPD-Arbeiter, in allen Stadtteilen und Orten sofort Verbindung aufzunehmen mit den bereits bestehenden Aktionsausschüssen gegen Faschismus. Wir fordern auch die Aktionsausschüsse auf, ihrerseits sofort an die SPD-Arbeiter ihres Bezirks zur Herbeiführung gemeinsamer Ausreden und gemeinsamer Maßnahmen heranzutreten.

Einheitsfront gegen den Faschismus ist das Gebot der Stunde! Diese Einheitsfront kann aber nur im Kampf gegen alle diejenigen entstehen, die sich dem Staat der herrschenden Klasse und der Bourgeoisie verpflichtet und verbunden haben. Die proletarische Kampffront muß und wird liegen, jedoch nur unter revolutionärer Führung, unter der politischen Führung der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei, der RPD!

Nazi-Propaganda abgewehrt

In Burgkühn und in Leipzig-Gewitz wurden Nazis Ueberfälle auf kommunistische Arbeiter durchzuführen. In Burgkühn gelang es ihnen auch, einen Arbeiter erheblich zu verletzen. Die empörten Proleten gingen darauf gegen das Parteibüro der Nazis vor. 2 Nazis wurden ins Krankenhaus geschickt; die Fenster des Büros gingen in Trümmer. In Leipzig wurden die Nazis in die Nacht gelockt und wurden einen Schwereverletzten ins Krankenhaus bringen. Die Polizei verhaftete hier, obgleich sie selbst erklärte, daß ein Mann sich noch nicht vorfindet, die Schuld den angegriffenen Arbeitern in die Schuhe zu schieben.

Schwere Gelängnisstrafen für Reichsbannerarbeiter!

Weil sie sich gegen die Mordbanden der Nazis zur Wehr setzten
Hamburg, 22. April. (Eig. Drahtmeldung.) Hier wurde ein Prolet gegen Reichsbannerarbeiter durchgeführt, die sich am 30. August 1930 gegen einen Truck mit 30 Nationalsozialisten als zur Wehr setzten. Wie üblich kamen die Nationalsozialisten nicht auf die Kuffelgebeten, sondern wegen schwerer Körperverletzung und verbotener Waffenführung auf Grund der Notverordnungen wurden zwei Reichsbannerarbeiter zu 6 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rote Siege bei Siemens!

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die ersten Betriebsrätewahlen bei Siemens ergaben einen glänzenden Erfolg für die roten Listen.
Im Schaltwerk, wo fast die Hälfte der Kollegen abgebaut und meistens oppositionelle Kollegen hinausgeworfen wurden, errang die rote Liste die Mehrheit. Im vorigen Jahr war hier eine Mehrheit der Reformisten. Es wurden im Schaltwerk abgegeben für die RSD 712 (1930: 1027), für die Reformisten 663 (1930: 1101), für die Gelben 115 (1930: 259), für die Nazis 80 (-) Stimmen.
Im Elmo-Werk: RSD 554 (1930: 479), Reformisten 871 (1930: 1244), Gelbe 100 (-), Nazis 155 (-) Stimmen.
In beiden Werken haben die Reformisten eine empfindliche Niederlage erlitten.

Manöver der spanischen Sozialdemokraten

Werde die Sozi-Minister ausgetrieben?
Wie die Volkszeitung aus Madrid meldet, hat der sozialdemokratische Finanzminister Prieto ihrem Korrespondenten gegenüber erklärt, die sozialdemokratischen Minister dürften bald vor oder bald nach der Einberufung des verfassunggebenden Parlaments aus dem Kabinett auscheiden, da dieser Beschluß seinerzeit von der Partei gefaßt worden sei. Allerdings — so fügte der schlaue Reformist hinzu — könne die Partei bis dahin noch andere Reichsziele lassen. Prieto versicherte im übrigen, daß er und seine Partei die bürgerliche Republik immer stützen würden, ob sie in oder außerhalb der Regierung lägen. Wir halten diesen letzten Teil der Erklärung für den glaubhaftesten Teil dieser Unterredung, die immerhin zeigt, daß die Reformisten nur durch das Anwachsen der proletarischen revolutionären Bewegung zu derzeitigen Manövern gezwungen sein können.

Weber die Lage in Spanien werden widersprechende Nachrichten verbreitet. In Madrid kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und Studenten und Polizei. In Barcelona und Sevilla herrscht noch der Belagerungszustand. Die Streikbewegung in Barcelona und Bilbao dauert an.

Heute überträgt Moskau — Dresden: Panzerkreuzer „Morgenrot“

27 Uhr nach dem Keglerheim
Ansprache: Gen. Goldhammer
Unkostenbeitrag 10 und 20 Pf.

Nazi-Rückzug: Auf Schleichwegen in den Reichstag

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Im Reichstagsauschuß zur Untersuchung der Koggenkähnen, der gestern keine Sitzung wieder aufnahm, erschienen zur allgemeinen Ueberzeugung auch die Nationalsozialisten, einschließlich des Abgeordneten Wendhausen von der Landvolkpartei, der seinerzeit mit den Nationalsozialisten den Reichstag verlassen hatte.
Die Nationalsozialisten beteiligten sich an den Verhandlungen des Ausschusses nicht, blieben jedoch bis zum Ende anwesend.

Magdeburg, 22. April. (Eig. Bericht.) Die Zerückung der NSDAP ist auch in Magdeburg im vollen Gange. Eine Anzahl NSDAPer ist in den letzten Wochen und Tagen zur kommunistischen Partei übergetreten. An der richtigen Genosse Scheringer aus der Festung Gollnow folgendes Schreiben:
„Gollnow (Pommern), 15. April.
Liebe Kameraden!

Mit außerordentlicher Freude habe ich von Eurer Uebertritt zur roten Front. Ich beglückwünsche Euch zu diesem wichtigen Schritt. Es kommt nun alles darauf an, den christlichen Kämpfern, die heute noch glauben, die NSDAP würde die Revolutionierung des werktätigen deutschen Volkes durchzuführen, zu zeigen, welche Rolle sie in Wirklichkeit unter Hitlers Führung spielen. Es darf unter keinen Umständen unterkommen, daß revolutionäre Elemente beim Entscheidungskampf noch auf der falschen Seite stehen. Man muß ihnen den Weg weisen, daß die schicksalhaften Führer die nationale und soziale Befreiung anstreben. Man muß ihnen zeigen, daß diese Demagogen mit ihren sozialistischen Phrasen die Proleten nur einlullen wollen, um sie den Interessen des Kapitalismus dienlich zu machen. Die Revolution marschiert allein mit uns. Wir werden das kapitalistische System zerbrechen, wir allein werden die Friedensbedinngen herstellen. Auh die Unwissenheit auf und reißt die Schwanzenden mit Euch. Jetzt Eure ganze Kraft daran, revolutionäre Kräfte in der Stadt zu bilden und Resolutionen von Sturmabteilungskadetten für die Volkrevolution, gegen Hitler und Faschismus herauszugeben. Wir müssen alle Handhaben und alle Schwächen hinter uns werfen. Macht ganze Arbeit und reißt die roten Fahnen hoch!
Mit revolutionärem Gruß Euer Kamerad gen. Scheringer.“

Jugendnationalist kommt zum NSDAP

„Durch die letzten Ereignisse innerhalb der NSDAP habe ich klar erkannt, daß diese Partei niemals die Interessen der Arbeiterchaft vertreten kann. Die letzten Ereignisse zeigen klar, daß die Führer dieser Partei korrupte Elemente sind. Darum muß für jeden hier denkenden Arbeiter innerhalb der NSDAP die Partei lauten: heraus aus der Partei die vom Kapital beherrscht und erdrückt wird! Hinzu in die wirkliche Klassenfront der revolutionären Arbeiterchaft! Ich richte die selben Schrift, den Genossen Scheringer vor einigen Wochen geschrieben hat. Ich trete hiermit ein in den kommunistischen Jugendverband.“
RMA, 16. April 1931. Konrad Wilden.